



Forschungsergebnisse

**Innovative Unternehmen
kommen besser durch
Krisenzeiten**

Schwerpunkt Corona-Krise

**Jobs mit ungenutztem
Homeoffice-Potenzial**

Standpunkt

Kurz innehalten

Gerade kleine Unternehmen haben aufgrund der Corona-Krise oftmals mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen.

Foto: © iStockphoto.com/MarioGuti

Die Corona-Pandemie gefährdet die Existenz vieler Unternehmen in Deutschland

Zu Beginn der Corona-Pandemie, mit der inzwischen auch die deutsche Wirtschaft zu kämpfen hat, hatten viele kleine Unternehmen denkbar ungünstige Ausgangsbedingungen. Sie starteten schon mit einer schwachen Bonitätsbewertung in die Krise. Die Gastronomie, KFZ-Zulieferer, die chemische Industrie und das Baugewerbe sind die Branchen mit den höchsten Anteilen an kleinen Unternehmen mit schwacher Bonität. Das zeigen Berechnungen des ZEW und der Creditreform Wirtschaftsforschung aus Neuss. Grundlage der Untersuchung ist das Mannheimer Unternehmenspanel, das auf den Datenbanken von Creditreform basiert.

Die Bundesregierung hat großes Besteck ausgepackt: Kredite in unbegrenzter Höhe für Unternehmen, die durch die Krise in Liquiditätsengpässe geraten, eine deutliche Ausweitung des

Kurzarbeitergeldes und die Ankündigung von erleichterten, umfangreichen Steuerstundungen. Außerdem soll die Insolvenzantragspflicht mindestens bis zum Herbst ausgesetzt werden. Vorstellbar ist aber auch eine Verlängerung bis Ende März 2021. Alles Maßnahmen, die durch die Unterbrechung globaler Warenketten, durch das rapide Wegbrechen der Nachfrage und durch fehlende Arbeitskräfte wegen Erkrankung und Kinderbetreuung notwendig geworden sind. Sie zielen darauf ab, Unternehmen vor der Insolvenz zu retten, die in existenzbedrohende Liquiditätsprobleme geraten sind.

Gastronomiebetriebe besonders finanzschwach

Die Entschlossenheit der Bundesregierung scheint dringend nötig zu sein. Denn viele Unternehmen sehen der drohenden

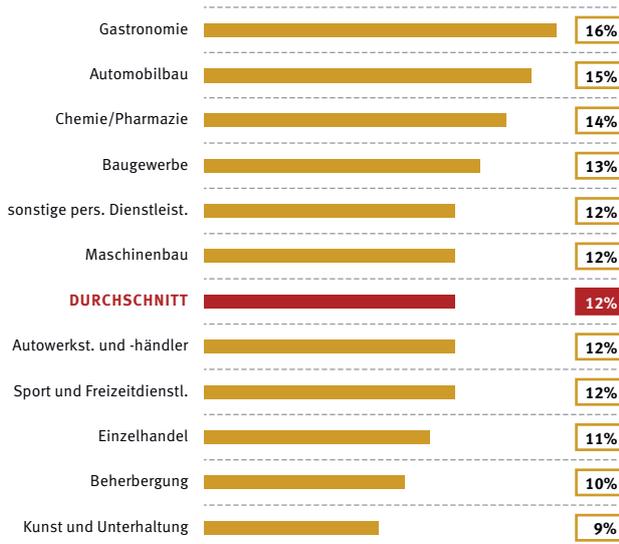
wirtschaftlichen Krise trotz einer langen Phase der Hochkonjunktur mit schlechten Voraussetzungen entgegen. Etwa 345.000 Unternehmen der Privatwirtschaft mit mehr als 1,5 Millionen Beschäftigten, die älter als drei Jahre und damit den Kinderschuhen entwachsen sind, haben eine schwache oder noch schlechtere Bonitätsbewertung. Einige Branchen weisen sogar überdurchschnittlich hohe Anteile an insolvenzgefährdeten Unternehmen auf.

Besonders die Gastronomie sticht hier heraus: 16 Prozent der kleinen Gastronomieunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten (fast 24.000 Unternehmen) weisen eine schwache Bonitätsbewertung auf. Ebenfalls überdurchschnittlich hohe Anteile an kleinen Unternehmen mit schwacher Bonität finden sich bei den Automobilzulieferern (15 Prozent) und in der chemisch/pharmazeutischen Industrie (14 Prozent).

Vielen Hotels und Freizeitunternehmen drohte schon vor der Krise die Insolvenz

Bei den größeren Unternehmen mit 50 oder mehr Beschäftigten zeigt sich ein etwas anderes Bild. Hier sind die Anteile der insolvenzgefährdeten Unternehmen deutlich geringer. An der Spitze findet sich aber auch hier die Gastronomie, gefolgt vom Beherbergungsgewerbe und den Sport- und Freizeitdienstleistungen. In den beiden letztgenannten Branchen stand ein jeweils erklecklicher Anteil der großen Hotels und Freizeitunternehmen schon vor der Krise am Rande der Insolvenz.

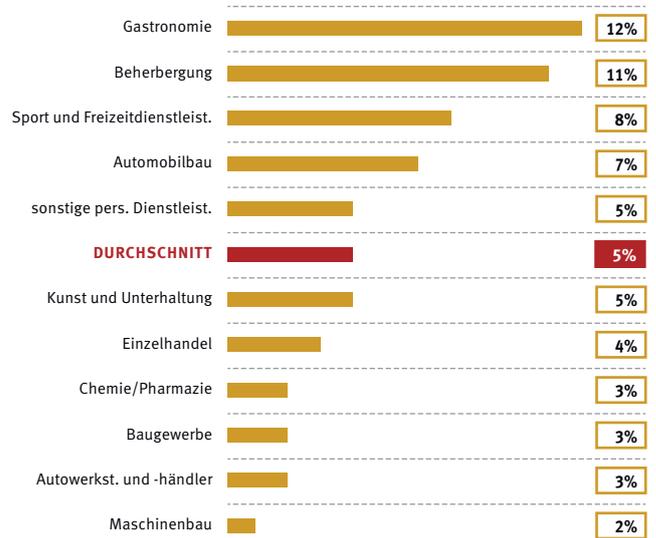
ANTEILE VON UNTERNEHMEN ÄLTER ALS 3 JAHRE UND MIT WENIGER ALS 50 BESCHÄFTIGTEN, DIE HÖCHSTENS EINE SCHWACHE BONITÄT AUFWEISEN NACH BRANCHEN



Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel

Diese Ergebnisse spiegeln die Strukturprobleme der privaten Wirtschaft in Deutschland vor der Corona-Krise wider. Die Branchen werden aber in ganz unterschiedlicher Weise durch einen monatelangen Stillstand des Wirtschaftslebens betroffen sein.

ANTEILE VON UNTERNEHMEN ÄLTER ALS 3 JAHRE UND MIT 50 UND MEHR BESCHÄFTIGTEN, DIE HÖCHSTENS EINE SCHWACHE BONITÄT AUFWEISEN NACH BRANCHEN



Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel

Größere Anschaffungen, vielleicht auch Urlaubsreisen, werden zum Teil nachgeholt werden. Dienstreisen, Kino- und Konzertbesuche aller Voraussicht nach dagegen nicht. Gerade die Freizeit-, Sport- und Kulturdienstleister werden in besonderem Maße unter dem zeitweiligen Nachfrageausfall leiden.

Je nach Dauer des sogenannten „Lock-“ oder „Shutdowns“ können Jahresumsätze dieser Branchen um 30 bis 40 Prozent geringer ausfallen. Solche Einbrüche katapultieren auch Unternehmen mit vorher guter Bonität in die Insolvenz, wenn sie keine Unterstützung erhalten. Dass die Bundesregierung hierfür keine Grenzen definiert hat, ist richtig. Der Erhalt der Unternehmensstrukturen über eine begrenzte Durststrecke hinweg ist auf längere Sicht ökonomisch besser, als eine Insolvenz von im Grunde gesunden Unternehmen zuzulassen, die dann nach der Krise erst wieder gegründet und neu aufgebaut werden müssen.

Junge Unternehmen sind von Zahlungsschwierigkeiten besonders gefährdet

In den vorab dargelegten Untersuchungsergebnissen nicht enthalten sind die rund 440.000 jungen Unternehmen der Privatwirtschaft, die jünger als vier Jahre sind. Sie beschäftigen derzeit etwa 1,2 Millionen Mitarbeiter/innen. Als Neueinsteiger auf den Märkten sind sie oft grundsätzlich in einer angespannten finanziellen Situation. Produkte oder Dienstleistungen müssen sich erst noch auf den Märkten etablieren. Für Unternehmen mit radikal neuen Angeboten ist dies ohnehin problematisch – auch ohne Krise. Deren potenzielle Kunden müssen vom Nutzen überzeugt werden, die Marktdurchdringung dauert länger. Daher ist davon auszugehen, dass diese jungen Unternehmen weit- aus stärker gefährdet sind als die älteren.

Dr. Georg Licht, georg.licht@zew.de

Innovative Unternehmen kommen besser durch Krisenzeiten

Die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie werden Unternehmen dazu zwingen, ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zurückzufahren. Erfahrungen aus vergangenen Rezessionen zeigen aber, dass innovative Unternehmen in Krisenzeiten deutlich widerstandsfähiger sind und weniger Beschäftigung abbauen als andere. Zwar wird die derzeitige Corona-Krise zahlreichen Unternehmen kreative Lösungen für Produktneheiten abverlangen. Ein antizyklisches FuE-Verhalten wird aber im Vergleich zu früheren Rezessionen seltener zu beobachten sein, da Homeoffice-Arbeit und erschwerte Bedingungen für Kooperationen mit externen Partnern eigene FuE im Unternehmen einschränken. Das zeigt ein aktueller ZEW policy brief des ZEW Mannheim zusammen mit dem AIT Austrian Institute of Technology.

Zahlreiche Prognosen gehen derzeit davon aus, dass die Pandemie des Corona-Virus auch für viele europäische Staaten eine tiefgreifende Rezession nach sich ziehen wird. Diese Rezession wird auch die Bereitschaft von Unternehmen, in FuE zu investieren, und ihre Möglichkeiten, neue Produkte und Dienstleistungen am Markt zu platzieren, einschränken. Die ökonomische Forschung zeigt jedoch, dass gerade FuE ein zentraler Treiber für Wirtschaftswachstum und damit auch für eine wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise ist. Dieser Treiber steht jetzt auf dem Spiel.

An Liquiditäts- und Finanzierungsproblemen in Folge von Krisen leiden vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Große Unternehmen verfügen meistens über mehr interne Finanzmittel und haben einen besseren Zugang zu den Kreditmärkten. Es ist daher sinnvoll, dass die Regierungen mehrerer europäischer Länder staatliche Unterstützungsprogramme für Unternehmen beschlossen haben. Bei einer länger anhaltenden Krise ist aber davon auszugehen, dass die Unternehmen in Liquiditätsprobleme laufen. Das wirkt sich wiederum auf die Möglichkeit der Unternehmen aus, in FuE zu investieren.

Aus früheren Wirtschaftskrisen ist zudem zweierlei bekannt. Erstens sind nicht alle Unternehmen gleichermaßen betroffen. Etwa hat die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 vor

allem international aktive Unternehmen schwer belastet. Es ist also damit zu rechnen, dass auch die aktuelle Corona-Krise die Innovationsaktivitäten von exportstarken Unternehmen in Deutschland stärker trifft.

Corona-Krise erschwert antizyklisches FuE-Verhalten

Zweitens richtet zwar die Mehrheit der Unternehmen in Deutschland ihre FuE-Ausgaben am Wirtschaftszyklus aus und fährt sie damit in der Rezession herunter, aber etwa 34 Prozent aller deutschen Unternehmen erhöhten ihre Innovationsaktivitäten in der Finanzkrise 2008/2009 antizyklisch. Die Rezession wurde von innovativen Unternehmen in Europa wesentlich besser verkraftet. So mussten sie beispielsweise weniger Stellen streichen als Unternehmen, die nicht oder kaum innovieren.

In der Tat sind auch durch die Corona-Krise zahlreiche Unternehmen gezwungen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, so zum Beispiel in der Gastronomie, bei Zustelldiensten oder digitalen Angeboten. FuE ist jedoch häufig an bestimmte technische Ausstattungen wie Labore oder Werkstätten gebunden und zugleich ein kollaborativer Prozess, der die Zusammenarbeit von Menschen voraussetzt. Da der Zugang zu beidem in der jetzigen Krise eingeschränkt ist, ist weniger antizyklisches FuE-Verhalten zu erwarten als während der Finanzkrise 2008/2009.

Die Politik sollte mittels direkter und indirekter Finanzierungsinstrumente helfen, Liquiditätsengpässe für Innovationsprojekte insbesondere bei KMU zu überwinden und Zukunftserwartungen zu stabilisieren. Das grundsätzliche Problem für die Innovationstätigkeit in der derzeitigen Krise sind die Einschränkungen des Wirtschaftslebens. Wenn sich das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wieder normalisiert haben wird, könnte aber eine zusätzliche staatliche Finanzierung notwendig werden, um zu verhindern, dass Unternehmen dauerhaft ihre Innovationsaktivitäten einstellen. Eine solche Förderung sollte dann vor allem KMU zu Gute kommen.

Der ZEW policy brief zum Download: www.zew.de/PU81633

Prof. Dr. Bettina Peters, bettina.peters@zew.de

INHALT

Die Corona-Pandemie gefährdet die Existenz vieler Unternehmen in Deutschland	1
Innovative Unternehmen kommen besser durch Krisenzeiten.	3
Mangel an Fachkräften mit Berufsausbildung schränkt Innovationstätigkeit ein	4
Schwerpunkt Corona-Krise	5
Finanzmarktexperten lehnen Corona-Bonds eher ab	7

Corona-Pandemie: Europa braucht eine zentralisierte Beschaffung	8
Nachgefragt: Können Corona-Bonds der Eurozone in der Krise helfen?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine.	11
Standpunkt	12



Innovativen Unternehmen fehlen Fachkräfte besonders.

Foto: © iStock/yoh4nn

Mangel an Fachkräften mit Berufsausbildung schränkt Innovationstätigkeit ein

Der Fachkräftemangel bremst die Innovationskraft der Unternehmen in Deutschland. Vor allem ein Mangel an beruflich qualifizierten bewirkt, dass Unternehmen manche Innovationsprojekte nicht mehr durchführen können. Fachkräfte mit einer beruflichen Qualifikation im Produktions- und IT-Bereich sind besonders gefragt. Innovationen scheitern dagegen seltener an einem Mangel an akademisch ausgebildetem Personal. Um die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten, müssen Politik und Unternehmen verstärkt in die berufliche Ausbildung investieren.

Die Studie entstand in Zusammenarbeit des ZEW Mannheim mit Prof. Jens Horbach von der Fachhochschule Augsburg. Sie stützt sich auf Daten des Community Innovation Survey (CIS) für Deutschland aus den Jahren 2017 bis 2019. Es zeigt sich, dass innovative Unternehmen besonders vom Fachkräftemangel betroffen sind: 43,8 Prozent aller innovationsaktiven Unternehmen melden Personalengpässe. In der Gesamtwirtschaft sind es 39,6 Prozent der Unternehmen.

Innovationsprojekte scheitern seltener, weil es an Akademikern/-innen fehlt

Innovationsaktivitäten verstärken den Fachkräftemangel, da innovative Unternehmen besonders auf qualifiziertes Personal angewiesen sind. Zugleich erschwert ein Mangel an geeigneten Fachkräften weitere Innovationen. Wie die Studie zeigt, führt insbesondere das Fehlen von geeigneten Mitarbeitern/-innen mit beruflicher Ausbildung dazu, dass Innovationsprojekte aufgegeben werden müssen. Unternehmen mit einem bereits hohen Akademikeranteil haben dagegen seltener Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeiter/innen für ihre ausgeschriebenen Stellen zu finden. Auch müssen Unternehmen seltener Innovationsprojekte aufgeben, wenn ihnen akademisch gebildetes Personal fehlt. Das deutet darauf hin, dass der Fachkräftemangel in Bezug auf akademische Berufe weniger stark die Innovationsaktivitäten hemmt.

Die Studie zeigt außerdem, dass Unternehmen mit einer großen Bandbreite an Innovationsaktivitäten Stellen für sehr un-

terschiedliche Qualifikationsniveaus ausschreiben. Diese Unternehmen sind besonders vom Fachkräftemangel betroffen. Auch diejenigen Unternehmen, die schon in der Vergangenheit über einen Mangel an qualifizierten Mitarbeitern/-innen geklagt haben, weisen im Durchschnitt eine größere Vielfalt bei ihren ausgeschriebenen Stellen aus.

Unterschiedliche Fähigkeiten sind unbedingt notwendig, um den technologischen Wandel zu bewältigen, der sich derzeit in Deutschland ereignet. Es reicht daher nicht aus, nur die Anzahl der Studierenden an Universitäten zu erhöhen. Auch die in der beruflichen Ausbildung vermittelten Fähigkeiten sind entscheidend für die Innovationskraft. Um Innovationen voranzubringen, braucht die deutsche Wirtschaft eine gute Mischung aus beiden Ausbildungsformen, beruflich und akademisch.

Berufsausbildung in der Produktion und in der Informationstechnologie attraktiver machen

Ein Hindernis für Innovationsprozesse ist insbesondere der Mangel an beruflich ausgebildeten Fachkräften in der Produktion sowie in der Informationstechnologie. Es braucht eine höhere gesellschaftliche Anerkennung und bessere finanzielle Anreize, damit sich mehr Menschen für eine Berufsausbildung in den für Innovationen entscheidenden Bereichen entscheiden. Die Politik muss deshalb Maßnahmen ergreifen, um den negativen Auswirkungen des Fachkräftemangels auf die Innovationsaktivitäten der Unternehmen entgegenzuwirken. Nur so kann sie künftiges Produktivitätswachstum und damit einen höheren Wohlstand sichern.

Ein weiteres Ergebnis der Studie besteht darin, dass gut laufende Firmen mit starker Nachfrage nach ihren Produkten und hohen Gewinnen größere Schwierigkeiten haben, geeignete Fachkräfte zu finden. Zudem zeigt sich, dass Firmen, die schon in der Vergangenheit unter einem Mangel an qualifizierten Mitarbeitern/-innen litten, mit größerer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft vom Fachkräftemangel betroffen sein werden.

Die Studie zum Download unter www.zew.de/PU81544

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de



Schwerpunkt CORONA-KRISE

Welche Jobs ungenutztes Potenzial für Homeoffice in Deutschland haben

Die Präsenzkultur weicht dem Social Distancing in vielen deutschen Unternehmen. Mehr und mehr Arbeitgeber schicken ihre Beschäftigten zumindest temporär ins Homeoffice. Das gilt in zunehmendem Maße auch dort, wo bisher nicht von zu Hause aus gearbeitet wurde. Die Zahl der im Betrieb anwesenden Beschäftigten wird teils stark reduziert und rotierende Anwesenheit eingeführt, um den Vorgaben des Gesundheitsschutzes möglichst zu entsprechen. Die Corona-Krise zeigt, wie gut Homeoffice in Deutschland funktionieren kann, aber auch wo es Nachholbedarf geben könnte. Bisher wurde in fast allen Unternehmen der Privatwirtschaft das Potenzial für Beschäftigte, im Homeoffice zu arbeiten, noch nicht voll genutzt. Insbesondere in administrativen Berufen, IT und Naturwissenschaft, aber auch im Handel schlummerte noch Potenzial. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Kurzwertung des ZEW gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Die Auswertung beruht auf Daten des Linked Personnel Panels, das ausschließlich Betriebe der Privatwirtschaft mit mindestens 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst. Es wird zwischen verschiedenen Berufssegmenten unterschieden. Darüber hinaus wird zwischen Arbeitsplätzen unterschieden,

den, die vorwiegend fachliche Tätigkeiten (die eine Ausbildung erfordern) beinhalten, und solchen, die Spezialisten- und Experten-Tätigkeiten (die einen Meisterabschluss oder ein Studium erfordern) beinhalten. Beschäftigte, die Hilfstätigkeiten ausüben, sind von den Analysen ausgeschlossen.

Die Wissenschaftler/innen zeigen in ihrer Kurzwertung auf, welche Jobs das Potenzial haben, von zu Hause aus erledigt werden zu können, wenn die noch vorhandenen technologischen Hürden beseitigt würden. Entscheidend für die Möglichkeit, zu Hause zu arbeiten, ist letzten Endes die Art der Tätigkeit. Homeoffice ist keine Option für die überwiegende Mehrheit der Jobs in denjenigen Bereichen, die derzeit von den Einschränkungen des öffentlichen Lebens ganz oder stark betroffen sind – wie etwa Gastronomie und Einzelhandelsgeschäfte, Sportstätten und Unterhaltungsbetriebe. Dies gilt aber auch für die meisten als systemrelevant eingestuften Tätigkeiten im Gesundheitssektor und im Bereich der Grundversorgung.

Gut ein Fünftel der Beschäftigten arbeitet gelegentlich im Homeoffice

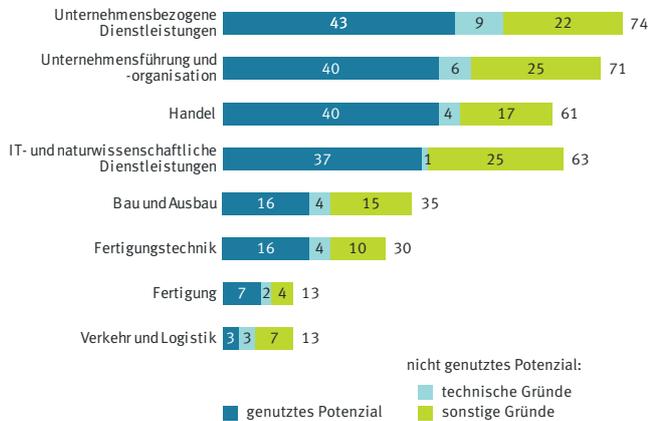
Vor der Corona-Krise haben immer mehr Berufstätige im Homeoffice gearbeitet. Im Jahr 2017 haben 22 Prozent der Beschäftigten aus privatwirtschaftlichen Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten gelegentlich von zu Hause gearbeitet. Dabei variieren die Anteile je nach Berufssegment. Am stärksten wird Homeoffice mit 43 Prozent in den unternehmensnahen Dienstleistungsberufen genutzt. Auch in weiteren, eher administrativen Berufen sowie in IT- und naturwissenschaftlichen Berufen findet man Homeoffice vergleichsweise häufig. In Fertigungsberufen und dort, wo Dienstleistungen direkt beim oder auf dem Weg zum Kunden erbracht werden, fällt dieser Anteil dagegen wesentlich geringer aus. Im Bereich von Verkehr und Logistik arbeiten sogar nur drei Prozent ab und zu von zu Hause. Je nach Berufssegment variierte die Homeoffice-Nutzung jedoch stark

ZEW Schwerpunkt Coronakrise

Von China ausgehend breitet sich die Lungenkrankheit Covid-19 seit Ende 2019 rapide aus. Weltweit haben sich mittlerweile mehr als zwei Millionen Menschen mit dem Coronavirus infiziert. Neben den gesundheitlichen Folgen fügt die Pandemie unserer Wirtschaft großen Schaden zu. Gerade für die exportorientierte deutsche Wirtschaft kann die globale Pandemie massive Wachstumseinbußen mit sich bringen. Zugleich macht die Krise aber auch deutlich, wie viele Berufe sich von zu Hause aus erledigen lassen. Die vorliegende Ausgabe der ZEWNews enthält daher einen Schwerpunkt zur Corona-Krise und ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft.



POTENZIAL VON ZU HAUSE AUS ZU ARBEITEN NACH BERUFSSEGMENTEN, 2017



Angaben befragter Beschäftigter in Prozent
Quelle: Linked Personnel Panel 2017, eigene Berechnung, © IAB

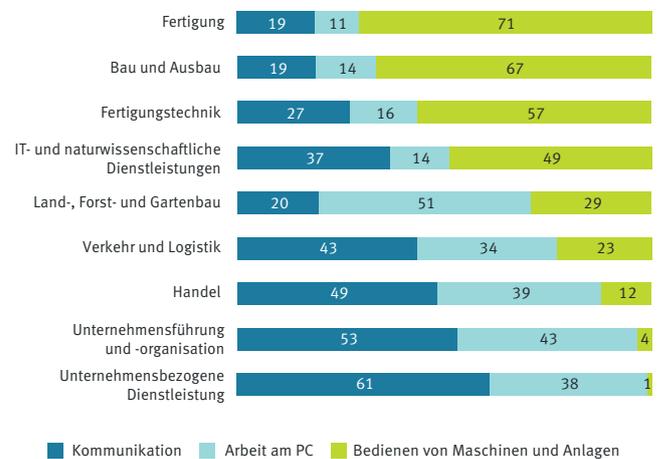
und das Potenzial war nicht ausgeschöpft, wie die Kurzexpertise zeigt: In allen untersuchten Berufssegmenten könnten mehr Personen mobil arbeiten – vorausgesetzt die Tätigkeit eignet sich dafür und technologische Hürden werden beseitigt. Vor allem in Berufssegmenten, in denen der Anteil der bisher schon von zu Hause aus Arbeitenden recht hoch ist, wie in IT, Naturwissenschaften sowie im Handel, könnten Berufstätige noch stärker als bisher mobil arbeiten. Dies gilt insbesondere auch in klassischen Büro-Jobs in denen bis zu 30 Prozent der Beschäftigten zusätzlich im Homeoffice arbeiten könnten.

Potenzial für Homeoffice ist bei Spezialisten- und Expertentätigkeiten sehr hoch

Die Wissenschaftler/innen verdeutlichen zudem, dass das Niveau der Tätigkeit eine zentrale Rolle für die Ausübung des Berufs im Homeoffice spielt. Die Mehrheit der Beschäftigten in den untersuchten Betrieben arbeitet in Jobs mit fachlichen Tätigkeiten, 23 Prozent der Beschäftigten zumindest gelegentlich von zu Hause aus. Der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Spezialisten- oder Experten-Tätigkeiten, die von Zuhause aus arbeiten, liegt mit 61 Prozent mehr als doppelt so hoch. Zugleich verhindern derzeit an vielen Stellen noch technische Hürden einen schnellen Umstieg auf Homeoffice. Das aus diesen Gründen ungenutzte Potenzial scheint zwar aus der Sicht der Beschäftigten selbst verhältnismäßig gering zu sein. Selbst wenn Beschäftigte zu Hause mit der erforderlichen Hardware ausgestattet sind, könnten immer noch technische Hindernisse bestehen. So könnte es an der nötigen Software oder einer ausreichenden Infrastruktur für eine intensive Nutzung fehlen.

Auch der Umfang sowie die Struktur der Tätigkeiten in den verschiedenen Berufssegmenten legt das ungenutzte Potenzial, von Zuhause aus zu arbeiten, offen. Denn je mehr Zeit ein Beschäftigter mit Homeoffice-nahen Tätigkeiten, wie der Kommunikation oder Arbeit am Computer verbringt, umso höher ist

UMFANG VERSCHIEDENER TÄTIGKEITEN NACH BERUFSSEGMENTEN, 2019



Angaben befragter Beschäftigter in Prozent
Quelle: Linked Personnel Panel 2019, eigene Berechnung, © IAB

die Wahrscheinlichkeit, dass die Person von zu Hause arbeiten kann. Umgekehrt geht ein höherer Anteil der Arbeit an Maschinen und Geräten mit einer geringeren Homeoffice-Wahrscheinlichkeit einher. Ein geringes Potenzial für Homeoffice haben also solche Berufstätige, die in hohem Maße an Maschinen und Anlagen arbeiten. Dies betrifft maßgeblich Berufe aus den Bereichen Bau, Ausbau und Fertigung, die bei der Erledigung ihrer Arbeit überwiegend auf die Bedienung von Maschinen und Anlagen angewiesen sind. Demgegenüber weisen Berufe in unternehmensbezogenen Dienstleistungen, der Unternehmensführung und der Unternehmensorganisation sowie dem Handel vergleichsweise hohe Anteile Homeoffice-naher Tätigkeiten auf. Das Potenzial zur Verlagerung ins Homeoffice fällt auch hier bei Spezialisten- und Expertentätigkeiten besonders hoch aus.

Möglichkeit von zuhause aus zu arbeiten hängt von der Tätigkeitsstruktur ab

In Deutschland gibt es noch viel ungenutztes Potential an Homeoffice-Möglichkeiten, welches in den kommenden Wochen sicher stärker genutzt werden wird. Diese Möglichkeiten sind jedoch sehr von der Tätigkeitsstruktur der Arbeitsplätze abhängig. Wo viel mit Maschinen und Anlagen gearbeitet wird, bleiben die Hürden relativ hoch. Das zeigt auch die aktuelle Entwicklung. Maßnahmen wie die Schließung von Produktionswerken aufgrund der Corona-Pandemie können auch einen Effekt auf die Arbeitsplätze in der Administration haben, die potenziell nach Hause verlagert werden könnten. Nichtsdestotrotz würde ein Abbau der technologischen Hürden, wie die Ausstattung mit Hard- und Software und die Sicherstellung von ausreichend Breitbandnutzung, dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft weitgehend am Laufen zu halten.

Die ZEW-Kurzexpertise zum Download:
www.zew.de/PU81595

Jun.-Prof. Dr. Susanne Steffes, susanne.steffes@zew.de



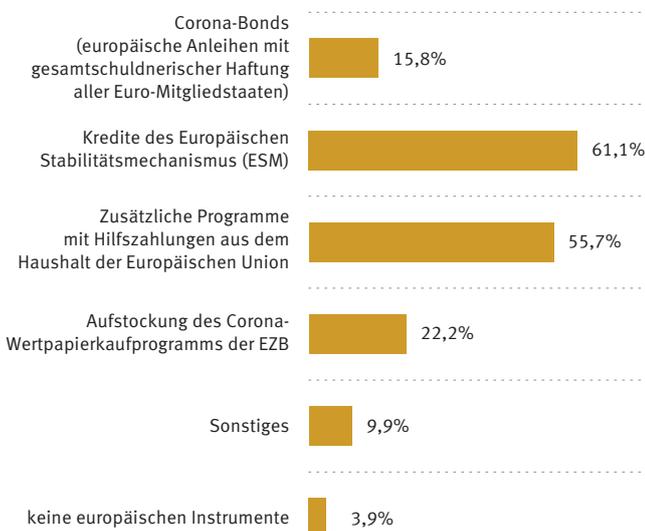
Finanzmarktexperten lehnen Corona-Bonds eher ab

Corona-Bonds stehen bei Finanzmarktexperten/-innen nicht besonders hoch im Kurs. Dagegen werden Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder zusätzliche Finanzhilfen aus dem EU-Haushalt als sinnvoller bewertet, um angesichts der durch die Corona-Pandemie ausgelösten, drohenden Rezession für wirtschaftliche Sicherheit in der Eurozone zu sorgen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Sonderfrage im aktuellen ZEW-Finanzmarkttest, an dem sich 203 Finanzmarktexperten/-innen beteiligt haben. Die Umfrage hat das ZEW im April 2020 durchgeführt.

Die bislang von Italien und einigen anderen südeuropäischen Staaten favorisierten so genannten Corona-Bonds werden lediglich von 15,8 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen als sinnvoll erachtet, um die wirtschaftliche Lage der Euro-Länder zu stabilisieren. Die meiste Zustimmung unter den Befragten erhalten mit 61,1 Prozent ESM-Kredite, die grundsätzlich mit Auflagen für die Kreditnehmerländer verbunden sind. Zusätzliche Hilfszahlungen aus dem EU-Haushalt halten 55,7 Prozent der Finanzmarktexperten/-innen für ein passendes Instrument, um der Krise zu begegnen.

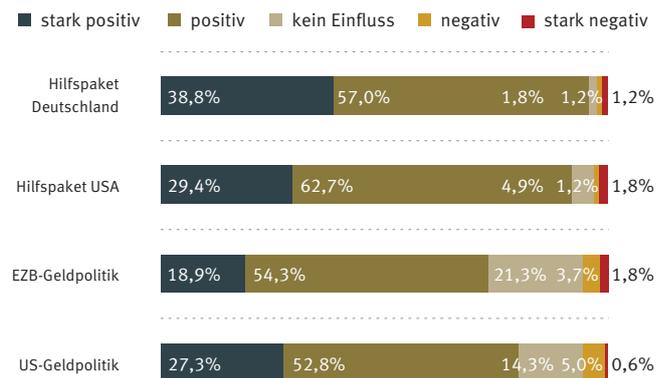
Obwohl diese drei Maßnahmen mit Blick auf das gemeinschaftliche Haftungsrisiko grundsätzlich sehr ähnlich sind, bevorzugen die vom ZEW befragten Finanzmarktexperten/-innen diejenigen Möglichkeiten, bei denen die Kreditnehmerländer stärker in die Pflicht genommen werden. Die von der Bundesregierung bisher beschlossenen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen

ZUSTIMMUNG ZU INSTRUMENTEN AUF EUROPÄISCHER EBENE ZUR REDUZIERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN



Quelle: ZEW 2020

EINSCHÄTZUNG DER MASSNAHMEN ZUR REDUZIERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN FOLGEN



Quelle: ZEW 2020

stoßen bei den Umfrageteilnehmern/-innen auf überwiegend positive Resonanz.

38,8 Prozent der Befragten beurteilen das in Deutschland beschlossene Hilfspaket als sehr positiv, 95,8 Prozent sehen mindestens eine positive Wirkung für die Wirtschaft. Ähnlich gut, aber etwas weniger euphorisch, wird das in den USA geschnürte Hilfspaket eingeschätzt. Auch die bislang von der EZB und der US-Notenbank Fed beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen erfreuen sich einer fast uneingeschränkt positiven Beurteilung unter den befragten Experten/-innen.

Corona-Pandemie wirkt sich auf Wirtschaftswachstum in Deutschland weniger negativ aus

Die Wirkungen der Corona-Pandemie und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einschränkungen auf das Wirtschaftswachstum werden von den Finanzmarktexperten/-innen je nach Land und Region sehr differenziert eingeschätzt.

Im direkten Vergleich zwischen Deutschland und der EU dürften die negativen Wirkungen für Deutschland geringer sein. So rechnen 40 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen mit einem Corona-bedingten Wachstumsrückgang von fünf Prozent bis 7,5 Prozent. 32,6 Prozent der Befragten vermuten eine geringere Wirkung (weniger als fünf Prozent) und 27,4 Prozent einen stärkeren negativen Effekt (mehr als 7,5 Prozent). Für die gesamte EU rechnen hingegen 46,3 Prozent der Finanzmarktexperten/-innen mit mehr als 7,5 Prozent Wachstumsrückgang und nur 18,1 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen mit weniger als fünf Prozent. Die Einschätzungen für die USA liegen zwischen denen für Deutschland und der EU.

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de

Corona-Pandemie: Europa braucht eine zentralisierte Beschaffung

Am 24. März informierte die EU-Kommission die Öffentlichkeit über den Erfolg der Initiative zur gemeinsamen europäischen Beschaffung medizinischer Schutzausrüstung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie. Zum zweiten Mal seit Unterzeichnung des Joint Procurement Agreement (JPA) machen die EU-Mitgliedstaaten von dieser Art der Beschaffung Gebrauch. Die erste Ausschreibung erfolgte im März 2016 infolge des Ebola-Ausbruchs.

Die JPA ist eine freiwillige Vereinbarung zwischen Mitgliedstaaten, die den gemeinsamen Erwerb medizinischer Ausrüstung zum Schutz gegen eine grenzüberschreitende Gesundheitsgefahr ermöglicht. Ziel der gemeinsamen Beschaffung ist es, Käufern einen schnelleren Zugang zu einer größeren Anzahl an Lieferanten zu ermöglichen und dabei niedrigere Preise zu erzielen. Sobald die Krise überstanden ist, wird man anhand dieser Kriterien feststellen können, ob die JPA ein effektives Instrument ist. Der Erfolg der gemeinsamen Beschaffung hängt dabei maßgeblich von seiner Ausgestaltung ab. Drei zentrale Aspekte stehen hier im Vordergrund: die zentralisierte Koordination, die öffentlichkeitswirksame Bekanntmachung sowie der Ermessensspielraum seitens des Käufers.

Zentralisierte Koordination bringt Vorteile

Erstens ist die JPA stark zentralisiert ausgerichtet: Die EU-Kommission ist die offizielle Vergabebehörde, die EU-weite Ausschreibungen durchführt. Wenn eine konkrete länderübergreifende Gesundheitsbedrohung auftritt, können sich die unterzeichnenden Mitgliedstaaten freiwillig an einem gemeinsamen Beschaffungsverfahren beteiligen. Ein Lenkungsausschuss, dessen Mitglieder von den am Beschaffungsprozess beteiligten Mitgliedstaaten ernannt werden und der von Vertretern der EU-Kommission geleitet wird, entscheidet dann über die Einzelheiten des Kaufs. Die zentralisierte Koordination der öffentlichen Beschaffung hat sich als vorteilhaft erwiesen, vorausgesetzt, die Einkäufer sind ausreichend sachkundig. Mit einer zunehmenden Nachfrage und einem wachsenden Bedürfnis nach medizinischen Geräten und Medikamenten in den kommenden Wochen wird der Beschaffungsprozess immer komplizierter und dringender werden. Deshalb ist Kompetenz äußerst wichtig.

Zweitens: Sobald das Vergabeverfahren für einen Auftrag feststeht, wird die Ausschreibung im Amtsblatt der EU umfassend bekannt gegeben. Eine großflächige Bekanntgabe ist für das Einholen wettbewerbsfähiger Angebote von entscheidender Bedeutung, und die JPA schöpft dieses Potenzial voll aus. Nach der Auftragsvergabe und der Prüfung der Angebote durch den Bewertungsausschuss vereinbart jeder am Verfahren beteiligte Mitgliedstaat individuell die Beschaffungsbedingungen mit den Lieferanten.

Drittens kann der gewährte Ermessensspielraum letztendlich ein erfolgsentscheidender Faktor sein. So wird es im Rahmen der JPA dem Lenkungsausschuss überlassen, die Art des Ausschreibungsverfahrens (z.B. offenes oder nicht offenes Verfahren) zu wählen. Was die Bewertungskriterien betrifft, so waren Preis und Qualität bisher die ausschlaggebenden Faktoren bei der Auswahl der Lieferanten. Im gemeinsamen Beschaffungsverfahren vom 24. März hingegen war die Kurzfristigkeit der Lieferung der entscheidende Faktor bei der Prüfung der Angebote. Dieses Kriterium machte bei der Ermittlung des besten Angebots 35 Prozent aus. Die Mitglieder des Ausschusses orientierten sich am Auftrag der EU-Kommission, die Effizienz des Verfahrens zu steigern; sie wählten das am besten geeignete Vergabeverfahren und achteten dabei insbesondere auf die optimale Gewichtung des Qualitätskriteriums.

JPA stärkt Glaubwürdigkeit der EU-Institutionen

Damit eine gemeinsame öffentliche Beschaffung erfolgreich sein kann, muss die dazugehörige Ausschreibung großflächig bekannt gegeben werden, auf die spezifischen Bedürfnisse abgestimmt sein und sachkundig umgesetzt werden. Die JPA wird insgesamt erfolgreich sein, da sie maximale Öffentlichkeitswirksamkeit mit Kompetenz verbindet und dabei auf spezifische Bedürfnisse ausgerichtet ist. Angesichts der raschen Ausbreitung der Pandemie in Europa und der damit einhergehenden hitzigen Debatte sollten wir uns an das EU-Solidaritätsprinzip erinnern. Vereinzelt haben bereits einige vorübergehend weniger betroffene Länder unkoordinierte Hilfe für die derzeit am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten geleistet.

Das reicht jedoch nicht aus, da der Bedarf an medizinischer Grundausstattung die EU-Mitgliedstaaten weiterhin asymmetrisch treffen wird. Wie jede Pandemie wird auch die Corona-Krise in Schüben kommen. Ein Szenario, in dem die Mitgliedstaaten bei der Beschaffung von knapper Ausrüstung wie Beatmungsgeräten, Handschuhen, Schutzmasken und Gesichtsschirmen in direkter Konkurrenz zueinander stehen und sich gegenseitig überbieten, muss unbedingt vermieden werden. Durch die JPA ist es möglich, die medizinischen Hilfsgüter zu sammeln und dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten benötigt werden; gleichzeitig erhöht sich die Glaubwürdigkeit der EU-Institutionen, indem gezeigt wird, dass Europa in Notsituationen geeint auftreten kann. Wenn der EU nun eine effiziente zentralisierte Gesundheitsbeschaffung gelingt, wird dies ein wesentlicher Schritt sein, um die Kompetenz ihrer Institutionen unter Beweis zu stellen.

Nachgefragt: Können Corona-Bonds der Eurozone in der Krise helfen?

„Corona-Bonds wären eine Weichenstellung in Richtung eines umfassenden Bailouts“

Die Covid-19-Pandemie stellt Volkswirtschaften weltweit vor Herausforderungen. Der Bundestag hat ein Rettungsprogramm verabschiedet, das über Schulden finanziert werden soll. Vom Corona-Virus besonders betroffene Staaten wie Italien und Spanien sind jedoch jetzt schon so hoch verschuldet, dass sie über wesentlich geringere finanzielle Spielräume verfügen. Diese und andere Länder fordern nun die Einführung sogenannter Corona-Bonds. ZEW-Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Friedrich Heinemann erklärt im Interview, warum Corona-Bonds das falsche Instrument sind, um die aktuelle Krise zu bewältigen.

Was genau sind Corona-Bonds?

Wie schon bei der Eurobonds-Diskussion vor zehn Jahren gibt es auch jetzt eine ganze Flut von Modellvarianten. Die zentrale Grundidee ist aber immer dieselbe: Die Euro-Staaten oder die EU als ganze sollen gemeinsame Anleihen begeben und gesamtschuldnerisch dafür haften. Dies wäre weitgehender als bei den ESM- oder EZB-Krediten. Die Haftung bei den ESM-Krediten ist „teilschuldnerisch“, kein Land haftet für die volle Summe. Und bei den Anleihekäufen des Eurosystems ist die Haftung dadurch begrenzt, dass nur die nationalen Zentralbanken die Anleihen ihres Landes kaufen. Die „Corona-Eurobonds“ würden von daher eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden bringen, wie es sie bislang in Europa nicht gibt.

Welche Auswirkungen könnten Corona-Bonds auf die Eurozone haben?

Corona-Bonds sind zunächst nur für die Finanzierung der fiskalischen Kosten der Corona-Krise gedacht. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob es dabei bliebe. Sind sie einmal etabliert, dann werden sie den Appetit der Investoren auf die nationalen Anleihen von ausfallgefährdeten Staaten weiter verringern. Es könnte sich rasch eine Zwangslage entwickeln, in der fällig werdende italienische Staatsanleihen durch frisches europäisches Geld refinanziert werden müssen. Im Grunde geht es in der ganzen Debatte nicht primär um die unmittelbaren Corona-Kosten, sondern um die Frage, wie Europa in Zukunft mit den Altschulden überschuldeter Mitgliedstaaten umgehen soll. Corona-Bonds nehmen eine ganz bestimmte Antwort vorweg: Europa löst das Überschuldungsproblem einzelner Staaten durch umfangreiche Transfers, indem die Last der Staatsverschuldung in Teilen auf die solventen Länder übertragen wird. Dies wäre letztlich eine Weichenstellung in Richtung eines umfassenden Bailouts.

Was wäre eine Alternative, um hoch verschuldete Staaten in der Krise zu stabilisieren?

In der unmittelbaren Krisenphase ist es von großer Bedeutung, den hoch verschuldeten Staaten rasch, umfangreich und ohne große Auflagen Liquidität zur Verfügung zu stellen. Was

Europa mitten in der schwersten Rezession der EU-Geschichte am allerwenigsten gebrauchen kann, ist ein ungeordneter Zahlungsausfall von Euro-Ländern. Der ESM ist hier das Mittel der ersten Wahl. Er ist arbeitsfähig, erprobt, hat klare Regeln und das Vetorecht aller Mitgliedstaaten schützt vor einseitigen Deals. Er hat zudem bei Ländern wie Irland, Portugal und Spanien gezeigt, dass seine Hilfen in der Regel temporär sind. Nur Griechenland hängt auf Dauer am Tropf des ESM, hat für diese Hilfen aber in großem Umfang Auflagen erhalten.

Wie lässt sich das Problem der Überschuldung einiger Euro-Länder langfristig angehen?

Das ist vielleicht die schwierigste Frage, die sich Europa in den kommenden Jahren stellt. Im Prinzip gibt es drei Möglichkeiten, die auch kombiniert werden können: erstens Transfers von solventen Staaten durch einen Bailout, zweitens Forderungsverluste der Kreditgeber und drittens finanzielle Sonderopfer besonders wohlhabender Gruppen im überschuldeten Land. Es gibt keinen Weg, der nicht ökonomische Risiken hätte und hohe politische Widerstände erwarten lässt. Mitten in der akuten Krise mit ihrer extremen Unsicherheit ist eine ausgewogene und wohl informierte Entscheidung unmöglich. Heute geht es einfach darum, Zeit zu kaufen und den „großen Deal“ zur Lösung des Überschuldungsproblems einzelner Staaten auf bessere Zeiten zu verschieben. Corona-Bonds würden dieser Erkenntnis widersprechen, weil sie Fakten schaffen und möglicherweise irreversibel eine Transferlösung einleiten.

“



Foto: © Anna Logue Fotografie

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

ist Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Seine Forschungsinteressen gelten der empirischen Finanzwissenschaft und politischen Ökonomie. Anwendungen

betreffen vor allem Fragestellungen zur europäischen Integration, zur Besteuerung und zur Reform von Fiskalinstitutionen für die EU und die Eurozone. Zudem ist er Mitglied in den Vorständen des Leibniz-Wissenschaftscampus Mannheim Taxation und des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Mannheimer Sonderforschungsbereichs 884 Politische Ökonomie von Reformen.

friedrich.heinemann@zew.de

Ministerialdirektor Steinbach übernimmt Vorsitz des ZEW-Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim hat in seiner Sitzung am 18. März 2020 Ulrich Steinbach zu seinem neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Theresia Bauer an, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg. Steinbach ist seit September 2016 Ministerialdirektor und Amtschef im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. Stellvertretender Vorsitzender bleibt Dr. Ralf Krieger, Mitglied des Vorstands der Freudenberg SE. Mit der Wahl Steinbachs scheidet Wissenschaftsministerin Theresia Bauer aus dem ZEW-Aufsichtsrat aus, dessen Vorsitzende sie seit 2012 war. ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D., und der Geschäftsführer des Forschungsinstituts, Thomas Kohl, dankten der Ministerin nachdrücklich für deren langjähriges Engagement und ihren großen Einsatz für die Belange des ZEW. In Theresia Bauers Zeit als Aufsichtsratsvorsitzende fielen zwei Präsidentenwechsel und die Neuausrichtung der ZEW-Forschungsagenda mit dem Ziel, das Institut zum führenden Kompetenzzentrum für Markt- und Institutionendesign in Deutschland und Europa weiterzuentwickeln. In besonderem Maße unterstützt hat sie auch



v.l.: ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.; Ulrich Steinbach, Ministerialdirektor und Amtschef im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg; Thomas Kohl, Geschäftsführer des Forschungsinstituts

die Zusammenarbeit zwischen dem ZEW und der Universität Mannheim, die unter anderem konkreten Ausdruck in den beiden gemeinsamen Leibniz-WissenschaftsCampi findet, dem „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI) sowie „Mannheim Taxation“.

Startschuss für neue Runde im YES!-Schülerwettbewerb

Zinsen und Zukunft, Gründerzeit und Green Economy, Fakten und Fake News, Arbeitsmarkt und Geflüchtete, Fliegen und Klimaschutz – dies sind nur einige der Herausforderungen, denen sich unsere Gesellschaft und Wirtschaft stellen müssen. Um diese erfolgreich zu meistern, sind innovative Ideen mehr denn je gefragt – insbesondere von der jüngeren Generation. Der YES! – Young Economic Summit, Deutschlands größter Schülerwettbewerb zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen, geht 2020 in eine neue Runde. Auch in diesem Jahr unterstützen,

wie schon in den Vorjahren, Experten/-innen des ZEW den Schülerwettbewerb der Joachim Herz Stiftung und des ZBW (Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft). ZEW-Wissenschaftler/innen begleiten die Schulgruppen bei der Bearbeitung von wirtschaftspolitischen Problemstellungen und fördern das Verständnis für ökonomische Zusammenhänge beim Nachwuchs. In diesem Jahr widmen sich die Teams neuen drängenden Fragen, zu denen sie innovative Lösungsansätze erarbeiten. Der Vorentscheid für die Region Südwest wird am 25. Mai am ZEW stattfinden.

Förderkreis des ZEW Mannheim beschließt Umbenennung

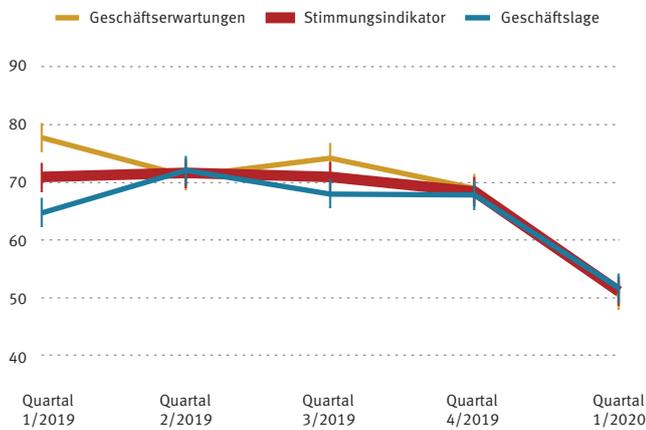
Bei seiner außerordentlichen Mitgliederversammlung am 5. Februar 2020 hat der „Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V.“ seine Umbenennung beschlossen. Der Verein, der sich die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis zum Ziel gesetzt hat, führt künftig den Namen „ZEW – Förderkreis Wissenschaft und Praxis e.V.“. Der Vorstand des Förderkreises hat die anwesenden Mitglieder des Weiteren darüber informiert, dass, wie auf der Mitgliederversammlung im Dezember 2019 bereits beschlossen, die Förderung von zwei Projekten des ZEW Mannheim aus Mitteln des Vereins bewilligt wurde. Das eine hat die Entwicklung einer Renteninformationsplattform zum Ziel und wird von Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen, Leiterin des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ geleitet. Das andere Projekt bearbeitet Dr. Sarra Ben Yahmed aus dem Forschungsbereich „Arbeitsmärkte und Personalmanagement“. Sie erforscht die Aus-



Der ZEW-Förderkreis bei seiner Mitgliederversammlung.

wirkungen auf Aufstiegschancen, Gehalt und Familienplanung, wenn Frauen in hochqualifizierten Jobs familienbedingt ihre Arbeitszeit reduzieren.

Konjunkturreinbruch in der Informations- und Kommunikationstechnologie-Branche

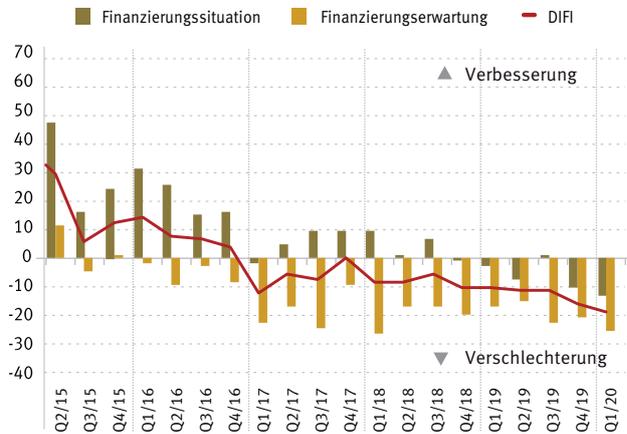


Der Stimmungsindikator für die IKT-Branche sinkt im Vergleich zum Vorquartal um 17,3 Punkte und erreicht im ersten Quartal 2020 einen Wert von 51,1 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen für das zweite Quartal 2020 sinkt auf einen Wert von 50,5 Punkten und der Teilindikator für die aktuelle Geschäftslage sinkt auf 51,7 Punkte. Quelle: ZEW

Die konjunkturelle Stimmung in der Branche Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Deutschland ist im ersten Quartal 2020 auf einen historischen Tiefstand gefallen. In Folge der Corona-Pandemie stürzt der ZEW Stimmungsindikator für die IKT-Unternehmen auf einen Stand von 51,1 Punkten ab und verliert damit mehr als 17 Punkte im Vergleich zum Vorquartal. Seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2011 ist das wirtschaftliche Klima niemals schlechter ausgefallen oder vergleichbar rapide gesunken. Der Stimmungsindikator für die IKT-Branche ist das Ergebnis einer Umfrage, die das ZEW Mannheim im März 2020 durchgeführt hat. Der starke Rückgang des Stimmungsindikators resultiert aus der deutlichen Verschlechterung von Geschäftslage und -erwartungen. Im Vergleich zum Vorquartal fällt der Teilindikator für die Geschäftslage um etwa 16 Punkte und schließt mit einem Stand von 51,7 Punkten. Der Teilindikator für die Geschäftserwartungen für das kommende Quartal erreicht nach einem Verlust von fast 19 Punkten ebenfalls nur einen Stand von 50,5 Punkten. Insgesamt rechnet etwa jedes dritte IKT-Unternehmen in Deutschland mit sinkenden Umsätzen oder einer sinkenden Nachfrage nach den eigenen Produkten und Dienstleistungen im zweiten Quartal 2020. Bei den Hardwareherstellern ist die Stimmung deutlich schlechter als bei den IKT-Dienstleistern.

Dr. Daniel Erdsiek, daniel.erdsiek@zew.de

Stimmungslage bei gewerblichen Immobilienfinanzierungen verschlechtert sich erneut



Mittelwert aus Lage- und Erwartungseinschätzung für die fünf Immobilienmarktsegmente (Büro, Einzelhandel, Logistik, Wohnen, Hotel). Werte oberhalb der Nulllinie zeigen eine Verbesserung des Finanzierungsumfelds an, Werte unterhalb eine Verschlechterung. Quelle: JLL und ZEW

Der Abwärtstrend beim Deutschen Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW und JLL hält auch im ersten Quartal 2020 an. Der Stimmungsindikator verschlechtert sich um 3,7 Punkte auf nun minus 18,9 Punkte. Dabei wird sowohl die Finanzierungssituation für die vergangenen als auch für die kommenden sechs Monate von den befragten Expertinnen und Experten noch schlechter eingeschätzt. Einzig der stationäre Einzelhandel verbessert sich bei den Teilindikatoren deutlich, bleibt aber weiterhin mit beiden Werten im Minus. Die Teilnehmer/innen wurden zudem nach der Bedeutung von Nachhaltigkeitsaspekten wie Green-Building-Zertifizierungen und den ESG (environmental, social and governance)-Kriterien für die Immobilienfinanzierung befragt. So sehen sie unter anderem einen mittleren bis sehr starken Einfluss auf Investitions- und Finanzierungsentscheidungen sowie den Marktwert einer Immobilie. Dies sind zentrale Ergebnisse der Umfrage zum gewerblichen Immobilienfinanzierungsmarkt in Deutschland, die vom ZEW in Kooperation mit JLL vierteljährlich durchgeführt wird. Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) bildet die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage (vergangene sechs Monate) und der Geschäftserwartungen (kommende sechs Monate) bezüglich der deutschen Immobilienfinanzierungsmärkte ab.

Dr. Carolin Schmidt, carolin.schmidt@zew.de



Aufgrund der derzeitigen gesundheitlichen Lage können vorerst leider keine Veranstaltungen mit Publikum am ZEW durchgeführt werden. Derzeit wird geprüft, inwiefern geplante Veranstaltungen virtuell stattfinden können. Weiterhin kann es zu Verschiebungen der Termine kommen.

Den aktuellen Planungsstand finden Sie online im ZEW-Veranstaltungskalender unter www.zew.de/veranstaltungen-und-weiterbildung. Das ZEW-Veranstaltungsteam steht Ihnen bei Rückfragen außerdem unter event@zew.de gerne zur Verfügung.



Foto: ZEW

Kurz innehalten

Die Welt ist eine völlig andere geworden: Ausgangsbeschränkungen allerorten, viele Unternehmen haben den Betrieb eingestellt, die Börsen sind in Turbulenzen, Konjunkturprognosen schwanken zwischen schlimm und schrecklich, und die Regierungen

verabschieden die größten Rettungsprogramme der Nachkriegszeit. Das wirtschaftliche Krisenmanagement – die Stabilisierung von Unternehmen und Märkten – ist in Deutschland auf einem guten Weg. Dafür werden zum einen bewährte Instrumente aus der Finanzkrise von 2008/09 eingesetzt, insbesondere das Kurzarbeitergeld und die Vergabe von Krediten und Bürgschaften an Unternehmen. Die Herausforderung wird sein, dies organisatorisch zu bewältigen, da die Zahl der Antragsteller wesentlich höher als in der Finanzkrise ist.

Neu sind die Unterstützungsmaßnahmen für Kleinbetriebe und Selbständige, die durch Bundes- und Länderprogramme Mittel abrufen können, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Die Krise, der Shutdown, betrifft eben alle unmittelbar, anders als 2008/09, als primär die Banken und einige Großunternehmen Probleme hatten.

Neu ist auch, dass sich der Bund die Option offenhält, sich an Großunternehmen zu beteiligen. In der Finanzkrise war dies nur im Bankensektor notwendig, wie etwa bei der Commerzbank. Jetzt können auch auf Unternehmen der Realwirtschaft staatliche Beteiligungen zukommen. Im Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz sind dafür bis zu 100 Milliarden Euro vorgesehen. Die Erholung der Wirtschaft nach der Krise wird stark davon abhängen, inwiefern Unternehmen durch die Stabilisierungsmaßnahmen überschuldet sein werden oder sich in Staatseigentum befinden. Restrukturierungen werden dadurch erschwert. Die

Frage, welches Unternehmen wieviel Kapital bei welchen Kriterien und Auflagen erhält, wird deshalb entscheidend sein. Die Erfahrungen aus der Finanzkrise zeigen, dass ein Expertenrat, der Kriterien zur Vergabe der Mittel und Konzepte für den Ausstieg aus den Fördermaßnahmen nach der Krise entwickelt, gute Dienste leisten kann.

Der europäische Schulterchluss wurde mittlerweile vollzogen. Die EZB hat ihr Anleihekaufprogramm massiv erweitert und auch Liquidität für die Banken zur Verfügung gestellt. Das wird Ländern wie Italien und Spanien helfen, ihre Zinsbelastung in den Griff zu bekommen. Eine Aufstockung der Mittel der Europäischen Investitionsbank zur Bereitstellung von Krediten für Unternehmen sowie ein neues Instrument zur Unterstützung von Kurzarbeit in Europa wirken zielgerichtet in den besonders betroffenen Regionen. Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird scharfgestellt, um für Länder mit hoher Staatsverschuldung bereit zu stehen.

Die Stabilisierung der Wirtschaft ist angelaufen und erlaubt ein wenig Innehalten. Das jetzt vor uns stehende Wiederhochfahren der Wirtschaft wurde mit Vorsicht gestartet. Konjunkturprogramme werden dafür notwendig sein, auch auf europäischer Ebene, haben aber noch Zeit. Zu einem Zurück zur Normalität wird es noch lange nicht kommen.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach Ph.D.

ZEWS

ZEWS news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEWS – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Gunter Grittmann · Telefon +49 621 1235-132 · gunter.grittmann@zew.de

Felix Kretz · Telefon +49 621 1235-103 · felix.kretz@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Carola Hesch, Telefon +49 621 1235-128 · carola.hesch@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEWS – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2020